

„Kein Interesse an einer politischen Aufarbeitung“

Déi Lénk bei LuxLeaks-Untersuchung auf Granit

VON CHRISTOPH BUMB

Es ist ruhig geworden um LuxLeaks. Nur Déi Lénk bleiben hartnäckig und pochen auf eine Aufarbeitung der Affäre um Rulings, Finanznischen und Steuergerechtigkeit, die im November des vergangenen Jahres über Luxemburg hereinbrach. Doch bei der Regierung und den großen Parteien im Parlament beißt die kleine Oppositionspartei auf Granit. Einen Fragenkatalog mit 36 Fragen zu den Details der Ruling-Praxis hatten Déi Lénk vor Wochen in der Finanzkommission der Chamber eingereicht und dem Finanzminister zur Beantwortung übermittelt. Gestern beschäftigten sich die Abgeordneten nochmals damit, doch konkrete Antworten lassen weiter auf sich warten.



Justin Turpel pocht bisher vergeblich auf Aufklärung. (FOTO: MARC WILWERT)

„Was heute passiert ist, ist skandalös“, sagt Justin Turpel. „Wir reden seit Wochen über eine Steuer-Vermeidung in ganz Europa in Höhe von 1 000 Milliarden, doch in Luxemburg scheint das die politisch Verantwortlichen nicht zu interessieren.“ Im Gegenteil würden die Mehrheitsparteien und die CSV „den Deckel auf die Geschichte aufsetzen“, so der Abgeordnete von Déi Lénk. Luxemburg sei zwar nicht das einzige Land, das hier Aufklärungsbedarf habe. Doch durch LuxLeaks stehe man besonders in der Pflicht, Licht in die „fragwürdigen Geschäfte“ zu bringen. Im Parlament gebe es aber eine große Mehrheit, die jegliche kritische Fragen abblockt.

„Delikate Details“
Finanzminister Pierre Gramegna sagt gegenüber dem LW, dass es für ihn zunächst darum gehe, die Praxis der Rulings zu erklären. „Rulings sind weder geheim noch illegal.“ Auf Basis von internationalen Konventionen sei es möglich, Rulings unter Staaten auszutauschen, was aktuell schon geschehe und an sich bereits ein Plus an Transparenz sei. Dennoch könne man nicht alle Details öffentlich diskutieren, was auch ein Grund dafür sei, dass die Diskussionen über gewisse „delikate Details“ in der Finanzkommission zum Teil hinter verschlossenen Türen stattfinden müssten.

Wegen der andauernden Ermittlung der EU-Kommission bei bestimmten Rulings müsse man je nach dem Interesse des Landes vorsichtig vorgehen, so Gramegna. Wie auch in den allermeisten anderen EU-Staaten seien Rulings ein legitimes und wichtiges Instrument, das jedoch politischer Rahmenbedingungen bedarf. Dies sei in der Vergangenheit nicht der Fall gewesen. Deshalb habe die Regierung hier gehandelt und mit einer neuen Gesetzgebung für alle Akteure Rechtssicherheit geschaffen.

„Kein Steuervorteil“
Dies sieht auch die CSV so. Jedenfalls sei man mit den Ausführungen des Ministers zufrieden, sagt Laurent Mosar. „Wir müssen jetzt in die Zukunft schauen. Es ist wichtig, dass wieder Ruhe ins Spiel kommt“, so der CSV-Abgeordnete. Zudem sei es jetzt an der Zeit, auf EU-Ebene die richtigen Weichen zu stellen. Hier spiele die Debatte um eine Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlage eine wichtige Rolle. Die CSV wolle in diese Richtung gehen und hier gebe es auch einen Konsens mit den Mehrheitsparteien.

In Bezug auf die Fragen von Déi Lénk sagt der Finanzminister übrigens: „Man muss die Logik eines Rulings genau verstehen. Ein Ruling ist zunächst die Anwendung des Gesetzes.“ Demnach könne man auch nicht genau beziffern, ob jemand dadurch etwas gewonnen oder verloren habe. „Ein Ruling ist kein Steuervorteil“, so Gramegna. Rulings könnten zwar Modelle der Steueroptimierung hervorrufen, dies geschehe aber immer auf der Grundlage von Gesetzen.

Der Artuso-Bericht sieht es als erwiesen an, dass die Verwaltungskommission mit den deutschen Besitzern kollaboriert hat. Ihre Arbeit habe zwar nicht in den Massenmord geführt, aber sie habe sich der Deportation der Juden mitschuldig gemacht.

Dass die Verwaltungskommission mit den deutschen Besitzern zusammengearbeitet hat, war so gut wie sicher. Nicht gewusst war hingegen, welche Form die Kollaboration angenommen hatte und welche Motivation ihr zugrunde lag. Vor allem den beiden letzten Fragen ist das Expertenteam der Uni Luxemburg um den Historiker Vincent Artuso nachgegangen, um endlich Licht in ein dunkles Kapitel der Luxemburger Geschichte zu bringen. Gestern wurde der Bericht „La Question juive“ au Luxembourg (1933-1941) – L'Etat luxembourgeois face aux persécutions antisémites nazies“ offiziell vorgestellt.

„Die Verwaltungskommission hat nicht zum Massenmord beigetragen, sie trägt aber eine Mitverantwortung an der Deportation der Juden, indem sie z.B. Listen erstellt, Juden aus ihren Positionen und Ämtern entfernt und sich an der Arierisierung beteiligt hat.“ So das Fazit von Vincent Artuso, der deshalb von einer „Strategie der Kollaboration“ spricht.

Frühe Bereitschaft
Die Forscher beschränkten sich bei ihrer Arbeit nicht auf die Zeit nach der Invasion, sondern haben auch die 30er-Jahre unter die Lupe genommen. „Das eigentlich Neue ist, dass die Leiter der Behörden bereits sehr früh zur Kollaboration bereit waren, auch ohne Befehl von oben“, so der Historiker. Als Beispiel nennt er die sogenannte Ju-

denfrage, die in Luxemburg bereits in den 30er-Jahren diskutiert wurde, also lange vor dem Einmarsch der Wehrmacht. Auslöser waren die zahlreichen jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland und aus Österreich, die in Luxemburg Schutz suchten. Die Regierung habe versucht, ihren „humanitären Pflichten“ nachzukommen, indem sie den Flüchtlingen Schutz gewährt habe, was aber bei der Bevölkerung Angst vor Überfremdung hervorgerufen habe, erklärte Artuso.

Allerdings, auch dies legt der Bericht offen, ist der NS-Einfluss deutlich vor dem Kriegsausbruch zu erkennen. So hält der Nazi-jargon früh Einzug: Erste Listen mit



Der Historiker Vincent Artuso beschäftigte sich schon im Rahmen seiner Doktorarbeit mit dem Thema der Kollaboration im Zweiten Weltkrieg. (FOTO: GUY JALLAY)

den Namen der Flüchtlinge wurden bereits ab 1935 erstellt, und schon damals gab es die der NS-Ideologie entsprungene Unterscheidung zwischen Ariern und Nicht-Ariern. Auch das sogenannte dritte Nürnberger Gesetz, das die Ehe zwischen Deutschen und Juden unterlag, wurde umgesetzt. So kommt Artuso denn auch zum Schluss, dass

Eine „komplexe“ Frage

Premier Bettel will Parlament

dauert, bis wir uns dessen bewusst werden.“ Auch wenn der Artuso-Bericht sich ausführlich mit dem Kapitel der Kollaboration auseinandersetzt, ist damit die Aufarbeitung der jüngeren Geschichte nicht abgeschlossen. In den kommenden Wochen sollen etwa die wissenschaftlichen Untersuchungen zur Enteignung beziehungsweise zu den ruhenden Konten jüdischer Bürger der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Dabei müsse unter anderem die Nachlassregelung geklärt werden. Beim Pressebriefing vor zwei Wochen hatte Bettel sich für die Schaffung eines Ausschusses in Erinnerung an die Kriegsoffer eingesetzt; zudem wollte er dafür Sorge tragen, dass die notwendigen finanziellen Mittel zum Erhalt der nationalen Gedenkstätten zur Verfügung stehen. Der Premier sprach sich für einen nationalen Gedenktag aus, an dem die Gräueltaten der beiden Weltkriege insbesondere in der Schulen zur Sprache kommen sollen. (jm)

den Namen der Flüchtlinge wurden bereits ab 1935 erstellt, und schon damals gab es die der NS-Ideologie entsprungene Unterscheidung zwischen Ariern und Nicht-Ariern. Auch das sogenannte dritte Nürnberger Gesetz, das die Ehe zwischen Deutschen und Juden unterlag, wurde umgesetzt. So kommt Artuso denn auch zum Schluss, dass

Vorstellung des Artuso-Berichts

„Eine Strategie der Kollaboration“

Verwaltungskommission trägt eine Mitschuld an der Deportation der Juden

„die Verwaltungschefs das Terrain“ bereits in den 30er-Jahren geebnet“ hatten.

Für die Zeit nach dem 10. Mai 1940 ist vor allem die Tatsache relevant, dass es zwei Regierungen gab, einerseits die offizielle Regierung, die zusammen mit Großherzogin Charlotte den Weg ins Exil angetreten hatte, und eben die Verwaltungskommission, die eindeutig andere Positionen bezieht und bereit war, die „Neuordnung zu akzeptieren“. Während die offizielle Regierung versucht habe zu helfen, etwa indem sie Visa beschafft habe, habe die Verwaltungskommission unmittelfach nach der Ankunft des Gauleiters dessen Befehle umgesetzt.

In dem Punkt sieht Artuso denn auch die schwerste Schuld der Verwaltungskommission: Auf Anordnung des Gauleiters hat sie sich geweigert, den Juden und den Franzosen unter den knapp 50 000 Flüchtlingen, die sich zu dem Zeitpunkt noch in Südfrankreich aufhielten, die Rückkehr nach Luxemburg zu ermöglichen: „La plus lourde responsabilité que porte la Commission administrative est celle d'avoir accepté, sans contestation, l'ordre du Gauleiter de ne pas permettre aux Juifs' originaires du Luxembourg de rentrer chez eux. Ce jour-là, elle acceptait d'appliquer une mesure fondée sur les conceptions raciales nazies, jusques et y compris aux Juifs' luxembourgeois.“

„Die eigene Karte“

Der Historiker weist aber auch darauf hin, dass die Verwaltungskommission ab September 1940 bereits viel Macht verloren hatte und kaum noch Spielraum besaß: „Die Verwaltungschefs spielten schon im August ihre eigene Karte“, betont Vincent Artuso. So habe beispielsweise die Polizeidirektion keine Be-

fehle der Verwaltungskommission mehr ausgeführt und auch das sogenannte Collège des Contrôleurs handelte weitestgehend in Eigenregie.

Kein Plan B

Die Situation in Luxemburg unterscheidet sich insofern von der Situation in Belgien, weil die belgische Regierung bereits vor der Invasion klare Regeln erstellt hatte, wie im Fall der deutschen Besetzung zu verfahren sei. In Luxemburg war es hingegen nicht mehr so weit gekommen, was denn auch erklärt, wieso die Verwaltungskommission zu dem wurde, was sie war. Es gab keinen Plan B.

Die Diskussion um die Rolle der Verwaltungskommission war 2012 ausgelöst worden, nachdem sich der damalige belgische Premier Elio Di Rupo bei der jüdischen Gemeinde für die Mitverantwortung der belgischen Behörden bei der Deportation der Juden während der deutschen Besetzung entschuldigt hatte.

Auf die Frage, wieso die historische Aufarbeitung in Luxemburg so lange auf sich warten gelassen habe, betonte der Präsident des „Comité scientifique“, Michel Pauly, dass man sich in die damalige Lage zurückversetzen müsse. Das Geschichtsverständnis in Luxemburg sei geprägt durch die Monate nach der Ankunft der Amerikaner. „Zu dem Zeitpunkt wusste alle, wie es ausgeht.“ Deshalb hätte sich die Bevölkerung fast ausnahmslos auf die Seite der Resistenz gestellt. Vor 1940 sei der Ausgang hingegen ungewiss gewesen, viele Menschen hätten geglaubt, dass Deutschland den Krieg gewinnen würde. Als es nach dem Krieg darum ging, das Land wieder aufzubauen, waren Zusammenhalt und Einigkeit gefragt, so Pauly. Und es seien verständlicherweise die guten Erinnerungen, die sich festsetzen würden.

„nuanciert“ betrachten

mit Historiker-Bericht befassen



Die Juden wurden langsam aus dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben verdrängt. (QUELLE: GENERAL PATTON MUSEUM)

EDITORIAL

La raison contre les canons

Nous sommes désormais dans «une logique de guerre», a dit François Hollande, euphémisme par quoi Mitterrand jadis avait annoncé l'intervention de l'Otan au Kosovo. Mais la guerre qui se prépare là, autour de l'Ukraine, pourrait être «totale», dit Hollande. Grands mots pour de grands maux? La crise, il est vrai, atteint un pic dans sa dramaturgie, depuis la visite jeudi dernier du président français et de la chancelière allemande au président russe, prélude à la rencontre de Minsk qui devrait avoir lieu aujourd'hui, rencontre «de la dernière chance». Deux options, on le sait, sont sur la table: des sanctions accrues à l'encontre de Moscou ou des armes pour Kiev. Ces deux options sont pareillement détestables.



«Livrer des armes à l'Ukraine: une option absurde.»
GASTON CARRÉ

L'option «hard», l'envoi d'armes, vient de faire ses preuves dans un cas de figure très particulier, avec les Kurdes armés pour libérer Kobané de la vermine «Daeschu» en Syrie. Or les Ukrainiens ne sont pas des «peshmergas», les séparatistes russophiles ne sont pas une vermine et le Donbass n'est pas la Syrie. Dans le conflit qui nous occupe ici, l'envoi par l'Europe et les Etats-Unis d'armes à un belligérant qui se bat, fût-ce par procuration, contre la Russie de Vladimir Poutine est une option qui nous paraît insensée.

Pas d'armes, non. Pas d'option «hard». Le problème est que les sanctions sont une option dure aussi. Très dure. Nous dirons même que la sanction est à la géopolitique ce que les canons sont à l'intervention militaire. Et tirer de ces canons-là sur une Russie déjà en piteux état sur le plan économique reviendrait à pousser Poutine dans ses derniers retranchements, dans une impasse où inéluctablement il se livrerait à une surenchère qui au même titre qu'une livraison d'armes aurait des conséquences fatales.

Tous les regards aujourd'hui sont tournés vers la rencontre de Minsk

entre Poutine, Merkel, Hollande et le président ukrainien Porochenko. Est-il permis d'espérer? Oui. Parce qu'un président français et une chancelière allemande ne consentiraient pas à ce déplacement si des conseillers sur place n'avaient préparé un parchemin auquel ils puissent apposer leur signature. Oui parce qu'à chaque partie a été fournie l'opportunité de montrer ce dont elle était capable – Merkel a endossé sa fonction d'hyper-médiatrice, Hollande son uniforme de généralissime, Obama son statut d'arbitre et Poutine son rôle de grand méchant loup. A partir de là, on peut revenir à un peu de raison. Cette raison exclura les options extrêmes, les canons comme les sanctions, pour faire prévaloir le pragmatisme. Les combats qui ont lieu à l'heure où nous écrivons ces lignes indiquent, plutôt qu'une annulation de la rencontre, une volonté de grignoter un peu de terrain avant celle-ci.

Que commande aujourd'hui le pragmatisme? Une partie de l'Ukraine a voulu son autonomie. Soit. Nul ne pourra lui l'arracher. Il faut maintenant mettre en place les dispositifs de nature à prévenir son extrapolation. Il faut définir les frontières nouvelles, les surveiller, instaurer une zone délimitarisée. Chacun à cet effet mettra de l'eau dans son vin. L'Europe en renonçant à une extension de ses sanctions, les Etats-Unis en renonçant à livrer des armes, Porochenko en faisant son deuil de territoires qui ne lui reviendront plus et Poutine enfin en retirant ses troupes. Certes il n'y aura pas de gagnants, et l'on débouchera sur une situation d'hostilité larvée comme en Ossétie du Sud ou en Transnistrie, mais cette hostilité latente sera préférable à une guerre avérée.

■ gaston.carre@wort.lu

DER KOMMENTAR

Es ist nie zu spät

Nein, wir sind keine Helden. Jetzt haben wir es schwarz auf weiß. Der Artuso-Bericht belegt an Hand von unzähligen Quellen, dass die Verwaltungskommission und die Verwaltungen sich nur allzu bereitwillig den Befehlen des Gauleiters untergeordnet und auch teilweise in vorausseilendem Gehorsam agiert haben. Das Verstößende an dieser Erkenntnis ist, dass sich 70 Jahre auf sich warten ließ und erst zu einer Zeit möglich wird, in der es immer weniger Zeitzeugen gibt. Das Thema Kollaboration wurde zwar nicht verschwiegen, aber bis dato fast ausnahmslos an den „Gielemännercher“ festgemacht. Das kam unmittelfach nach dem Krieg, als der Wiederaufbau des Landes in Angriff genommen werden musste, dem kollektiven aber leider auch selektiven Geschichtsverständnis entgegen. Die

Opferrolle des von den Nazis überrannten und geschundenen Landes kam allen zupass. Das ist nur allzu verständlich, wird dem Ganzen aber nicht gerecht. Denn auch in den 30er- und 40er-Jahren war Luxemburg keine Insel. Nationalistisches und antisemitisches Gedankengut beschränkte sich nicht auf Deutschland, sondern geisterte in unterschiedlichen Ausprägungen durch ganz Europa und machte nicht an der Mosel halt. Auch die Luxemburger waren nicht gegen diesen unappetitlichen Zeitgeist gefeit. Man mag bedauern, dass die historische Aufarbeitung so spät einsetzte, doch nun ist sie in vollem Gange. Vielleicht gerade noch rechtzeitig, wenn man bedenkt, dass Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa schon wieder üppige Blüten treiben. DANIEL SCHUMACHER



Pierre Gramegna erklärte die Logik der Steuerrulings. (FOTO: GUY JALLAY)

Tabu-Bruch

Nach dem Artuso-Bericht will die Regierung Verantwortung übernehmen

Luxemburg. 260 Seiten lang ist der Bericht, den die Expertengruppe um Historiker Vincent Artuso zur Frage der Kollaboration der luxemburgischen Behörden bei der Juden-Verfolgung von 1933 bis 1941 verfasst hat. Eine solche Zusammenarbeit war sehr wohl vorhanden. So wurden etwa seit 1935 systematisch die Namen von jüdischen Flüchtlingen erfasst; jedoch könne man nicht von einem „luxemburgischen Weg“ reden, der „direkt in den Holocaust führte“, sagte Artuso gestern bei einer Pressekonferenz im Staatsministerium, bei der der Bericht vorgestellt wurde. Premier Bettel wollte noch keine Schlussfolgerungen aus der Historiker-Arbeit ziehen, ob eine Entschuldigung gegenüber den Nachfahren der jüdischen Opfer angebracht ist, bleibt abzuwarten. Der Staatsminister bleibt dabei: „Wir waren nicht alle Helden. Es ist traurig, dass es so lange dauert, bis wir uns dessen bewusst werden.“ Die „Unklarheit“, von der der ehemalige Premier Jean-Claude Juncker sprach, soll nun endlich aus der Welt geschafft werden. „Die Kollaboration war lange Zeit tabu“, sagte Historiker Michel Pauly. Weil das Land nach dem Krieg „geschlossen den Wiederaufbau“ bewältigen wollte, sei es logisch gewesen, die negativen Aspekte der Kriegsjahre auszublenden. (jm)

